

„Dass die Landesbanken mitgemischt haben, ist eine Sauerei“

Cum-Ex-Skandal: Schaden für Fiskus höher als angenommen – Mannheimer Finanzwissenschaftler Spengel kritisiert Finanzbehörden

Von Kathrin Hoth

Heidelberg. Der Steuerskandal um Cum-Ex-Geschäfte ist umfassender als angenommen. Banken und Börsenhändler sollen den deutschen Staat so um 5,3 Milliarden Euro betrogen haben. Davon wurden bisher 2,4 Milliarden Euro an Kapitalertragsteuer erfolgreich zurückgefordert oder gar nicht erst ausgezahlt, wie ein Sprecher des Finanzministeriums mitteilte. Staatsanwälte und Steuerfahnder gingen inzwischen 417 Verdachtsfällen nach. Im Oktober war noch von 259 Fällen die Rede.

Bei den umstrittenen Cum-Ex-Deals schoben Investoren rund um den Dividendenstichtag Aktien mit („cum“) und ohne („ex“) Ausschüttungsanspruch rasch zwischen mehreren Beteiligten hin und her, bis dem Fiskus nicht mehr klar war, wem sie überhaupt gehörten. Die Folge: Bescheinigungen für die Rückerstattung der Kapitalertragsteuer wurden mehrfach ausgestellt, obwohl die Steuer nur einmal gezahlt wurde.

Professor Christoph Spengel (53) ist Finanzwissenschaftler an der Universität Mannheim und war Gutachter und Sachverständiger für den Cum-Ex-Untersu-

chungsausschuss des Bundestags. Im Interview erklärt er die Hintergründe.

> 5,3 Milliarden Euro Schaden durch Cum-Ex-Deals. Überrascht Sie die Zahl?

Nein. Ich gehe davon aus, dass der Schaden noch höher ist. Was mich überrascht ist, dass die Strafbehörden innerhalb von zwei Monaten die Zahl der Verdachtsfälle fast verdoppelt haben. Das zeigt, dass die Behörden da sehr aktiv sind.

> Woher kommt die plötzliche Aktivität?

Ich denke, der Untersuchungsausschuss hat ziemlich Staub aufgewirbelt, auch wenn er kein konkretes Ergebnis gebracht hat. Nach allem, was ich gehört habe, hat nun außerdem offenbar ein Angeklagter angefangen zu plaudern.

> Wie würden Sie die Rolle der Politik bei den Cum-Ex-Geschäften bewerten?

Die Politik ist da nicht direkt involviert. Meine Kritik richtet sich an die Strukturen der Finanzbehörden und deren Lei-

tung. Dort ist man nicht einmal jetzt in der Lage, den exakten Steuerschaden zu beziffern. Ich kann nicht verstehen, dass dort niemand bemerkt hat, dass mehr Steuer erstattet wurde, als man eingenommen hat. Die Informationen dazu sind zu dezentral verteilt.

> Die Landesbanken haben bei den Cum-Ex-Geschäften aber doch auch kräftig mitgemischt.

Ja und das ist eine Sauerei. Aber das ist nicht der Politik anzukreiden. Schuld daran ist die Gier der für die Geschäfte mitverantwortlichen Manager.

> Aber im Aufsichtsrat der Landesbanken sitzen doch Politiker. Haben die nichts mitbekommen?

Hinter diese Geschäfte zu kommen hätte ich nicht einmal mir zugetraut, bevor ich mich in die Strukturen eingearbeitet habe. Allerdings müssen bei diesen Geschäften natürlich Sicherheiten hinterlegt werden. Der Kreditvorstand in den Banken hätte also etwas merken müssen.

> Braucht es schärfere Gesetze, um so etwas künftig zu verhindern?

Meiner Meinung nach gab es bei Cum/Ex

keine Gesetzeslücke. Es gibt bisher drei finanzgerichtliche Urteile. Bei keinem davon wurde – außer von den Beklagten – angezweifelt, dass es illegal ist, sich die Steuer mehrfach erstatten zu lassen. Es wurde nie Revision eingereicht. Deshalb heißt es nun immer, es sei bislang noch nicht höchstrichterlich darüber entschieden. Das liegt aber nur daran, dass das letztinstanzliche Gericht, in diesem Fall der Bundesfinanzhof, noch nie angerufen wurde.

> Die Staatsanwaltschaft Köln droht nun mit Gefängnis. Bislang kamen Banker in Prozessen ja immer relativ glimpflich davon. Glauben Sie wirklich an Gefängnisstrafen?

Ich würde die Androhung ernst nehmen. Die Cum-Ex-Geschäfte sind nicht mit der Finanzkrise 2008 zu vergleichen. Damals haben Banker zu viele Kredite vergeben an Leute, die sie dann nicht mehr bedienen konnten. Aber es hat niemand jemanden betrogen. Nun geht es aber um Betrug. Dass die Steuerbehörden konsequent gegen Steuerhinterzieher vorgehen, hat man am Fall Hoeneß gesehen. Und da ging es um 40 Millionen inklusive Zinsen. Nun gibt es Fälle, da stehen dreistellige Millionenbeträge im Raum.

